

Bürgermeister fordert Mits

Demonstration vor Gemeindevertretersitzung in Biebergemünd ge

Biebergemünd-Bieber (hg). Über 50 Menschen haben vor der Sitzung der Biebergemünder Gemeindevertreter gegen geplante Windkraftanlagen rund um Biebergemünd demonstriert. Eingeladen hatte die Bürgerinitiative „Windkraft im Spessart“, die damit ein Zeichen gegen die Pläne auf dem Horstberg und in der bayerischen Nachbarschaft setzen wollte.

Der Spessart ist das größte zusammenhängende Mischwaldgebiet Deutschlands. Für die Bürgerinitiative (BI) „Windkraft im Spessart – im Einklang mit Mensch und Natur“ stellt die „Durchlöcherung mit Windrädern, wie bei einem Schweizer Käse“ ein Horrorszenario dar. Mit einer Demonstration vor der Biebenthalhalle, in der im Anschluss die Gemeindevertreter tagten, wollte die BI auf eine sich abzeichnende Umzingelung der Gemeinde Biebergemünd mit Windkraftanlagen hinweisen. Über 50 Demonstrierende empfingen die Gemeindevertreter mit Plakaten und machten mit Sprechchören ihren Unmut laut. „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns den Wald verbaut“, war immer wieder zu hören.

„Wir müssen uns wehren gegen die Entscheidung der Regierung“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der BI, Rolf Zimmermann. „Die Gemeindevertretung ist da, um uns zu schützen. Deshalb zeigen wir heute Abend den gewählten Vertretern, was wir von ihnen erwarten. Wir haben 2750 Stimmen gegen die Windkraftanlagen auf dem Horstberg gesammelt. Jetzt müssen wir gegen die Windkraftanlagen auf bayerischer Seite aktiv werden, die uns massiv beeinflussen.“

Das bayerische Verfahren für Windkraftanlagen auf den geplanten Windvorrangflächen „W2a“



Bürgermeister Matthias Schmitt (links) vor den versammelten Demonstranten.

und „W2b“ im Wiesener Forst (die GNZ berichtete) hätte für Biebergemünd enorme Auswirkungen. Die beiden Flächen mit einer Gesamtgröße von rund 224 Hektar liegen südlich von Bieber, Roßbach, Lanzingen, Breitenborn und Lützel. Für die Biebergemünder Ortsteile Bieber, Roßbach und Lanzingen hieß das, dass in Verbindung mit der bereits genehmigten Vorrangfläche „2-304“ auf dem Horstberg im Norden zusätzlich auch Windräder in Richtung Süden gebaut werden könnten. Für die Ortsteile Breitenborn und Lützel würde die bisherige Größe der Vorrangfläche „2-308“ auf hessischer Seite mit 17 Hektar auf eine Fläche von insgesamt 183 Hektar anwachsen. Nach den üblichen Rechengrößen wäre auf den gesamten Flächen Platz für etwa 15 bis 20 Windkraftanlagen der heutigen Höhe von etwa 250 bis 280 Meter, befürchtet die BI. Sie vertritt die Meinung, dass die Planungen aus natur-

schutzrechtlicher Sicht nicht genehmigungsfähig seien. Mit der Aufstellung des entsprechenden Teilplans erneuerbare Energien (TPEE) auf hessischer Seite hatte das Regierungspräsidium Darmstadt unter anderem aufgrund des Schwerpunktvermögens der Mopsfledermaus entlang der Birkenhainer Straße alle Flächen mit Ausnahme der kleinen Teilfläche bei Breitenborn/Lützel gestrichen.

„Ärgerlich ist darüber hinaus, dass die bayerischen Planer die Fläche ‚W2a‘ als besonders geeignet für die Bebauung mit Windkraftanlagen betrachten, da durch die hessische Vorrangfläche ‚2-308‘ zwischen Breitenborn, Lützel und Roßbach der Bereich entlang der Birkenhainer Straße als bereits vorbelastet gilt“, sagte Dr. Berthold Andres, Vorsitzender der BI. „Jetzt rächt sich leider, dass die Biebergemünder Gemeindevertreter von CDU und SPD den in der Vergangenheit eingebrachten Antrag der

FWG gegen 308‘ abgeleitet der einhellige SPD-Gemeinde Flähe „2-308“ Bebauung s hinter der L

Der Vorst hatte desha Veröffentlic der Gemein auch im N 200 Mitglied nen um die tens eine St bayerischen

„Erfreulich dass Bür Schmitt im zugesagt ha vorstand ein lungenahme dres. Wichti haben auch setzt wird. sollten wir e Regionalpla

Forst fordert Mitspracherecht

Vertretersitzung in Biebergemünd gegen bayerische Windkraftpläne



Schmitt (links) vor den versammelten Demonstranten.

FOTO: GROB

ener Forst (die e für Bieberge- wirkungen. Die einer Gesamt- Hektar liegen Roßbach, Lan- und Lützel. Für Ortsteile Bie- anzingen hieße ung mit der be- Vorrangfläche rstberg im Nor- Windräder in ebaut werden tsteile Breiten- rde die bisher- rangfläche „2- ner Seite mit Fläche von ins- ar anwachsen. Rechengrößen amten Flächen s 20 Windkraft- n Höhe von et- eter, befürchtet die Meinung, en aus natur-

schutzrechtlicher Sicht nicht genehmigungsfähig seien. Mit der Aufstellung des entsprechenden Teilplans erneuerbare Energien (TPEE) auf hessischer Seite hatte das Regierungspräsidium Darmstadt unter anderem aufgrund des Schwerpunktvorkommens der Mopsfledermaus entlang der Birkenhainer Straße alle Flächen mit Ausnahme der kleinen Teilfläche bei Breitenborn/Lützel gestrichen.

„Ärgerlich ist darüber hinaus, dass die bayerischen Planer die Fläche ‚W2a‘ als besonders geeignet für die Bebauung mit Windkraftanlagen betrachten, da durch die hessische Vorrangfläche ‚2-308‘ zwischen Breitenborn, Lützel und Roßbach der Bereich entlang der Birkenhainer Straße als bereits vorbelastet gilt“, sagte Dr. Berthold Andres, Vorsitzender der BI. „Jetzt rächt sich leider, dass die Biebergemünder Gemeindevertreter von CDU und SPD den in der Vergangenheit eingebrachten Antrag der

FWG gegen die Vorrangfläche ‚2-308‘ abgelehnt haben.“ Damals war der einhellige Tenor der CDU- und SPD-Gemeindevertreter, dass die Fläche „2-308“ viel zu klein für eine Bebauung sei. Leider höre die Welt hinter der Landesgrenze nicht auf.

Der Vorstand der Bürgerinitiative hatte deshalb bereits kurz nach der Veröffentlichung die Biebergemünder Gemeindevertretung gebeten, auch im Namen ihrer mehr als 200 Mitglieder, nach den Diskussionen um die Fläche „2-308“ wenigstens eine Stellungnahme gegen die bayerischen Planungen abzugeben.

„Erfreulich war deshalb für uns, dass Bürgermeister Matthias Schmitt im Rahmen unserer Demo zugesagt hat, über den Gemeindevorstand eine entsprechende Stellungnahme abzugeben“, sagte Andres. Wichtig sei nun, dass das Vorhaben auch entsprechend umgesetzt wird. „Als Nachbargemeinde sollten wir eine Stellungnahme zum Regionalplan Bayerischer Unter-

main abgeben“, sagte Bürgermeister Matthias Schmitt vor den versammelten Demonstranten. „Ich werde über den Sachverhalt zeitnah beraten lassen. Ich vertrete den Standpunkt, dass aufgrund der engen Nachbarschaft und der erheblichen Auswirkungen der Planung von Vorrangflächen für Windkraftanlagen eine Beteiligung der Gemeinde Biebergemünd auch im weiteren Planungsverfahren, über die interkommunale Abstimmung hinaus zu erfolgen hat.“

Auffällig sei, dass die beiden Vorranggebiete „W2a“ und „W2b“, wie viele andere Vorranggebiete im Regionalplanentwurf Bayerischer Untermain, unmittelbar an die Landesgrenze zu Hessen und unmittelbar an der Gemeindegrenze zu Biebergemünd vorgesehen seien. Es gelte anscheinend das Prinzip, entsprechende Vorranggebiete für die Neuausweisung von Flächen soweit wie möglich entfernt von bayerischen Siedlungsflächen vorzusehen und so insbesondere die Nachbarkommunen und Landkreise des Landes Hessen zu belasten, vermutet der Bürgermeister. „Das kann aus meiner Sicht nicht so bleiben“, argumentierte Schmitt. Daher werde er den Gemeindevorstand um den Beschluss einer Stellungnahme bitten.

„Ich werde dafür werben, die Vorranggebiete aus dem Regionalplan streichen zu lassen, da diese Gebiete aus Gründen des Artenschutzes, des Landschaftsbildes sowie der hohen Sichtbarkeit nicht als Vorranggebiet zur Nutzung der Windenergie geeignet sind“, sagte Schmitt. Er habe bereits ein Fachbüro damit beauftragt, diese und weitere Parameter aus Sicht der Gemeinde Biebergemünd zu prüfen. Die Demonstranten zeigten sich zufrieden mit den Ausführungen des Rathauschefs, während die Gemeindevertreter ohne große Kommentare zu ihrer Sitzung in die Biebenthalhalle eilten.